

p.B. 22.21.Ho - AD/km  
p.A. 44.21.Ho

Bern, den 7. Mai 1962

*me*

Notiz an den Departementschef

Verweigerung des Agréments  
für Minister Kárpáti

*aa*

Ich hatte den ungarischen Gesandten Kuti auf vergangenen Samstag zu mir gebeten, um ihm Kenntnis zu geben vom Entscheid des Bundesrates, das Agrément für Herrn Kárpáti nicht zu erteilen. Kurz vor seinem Besuch ging uns der Flash unserer Gesandtschaft in Budapest zu, wonach das Aussenministerium auf Grund Ihrer kritischen Hinweise gegenüber Minister Kuti anlässlich dessen Abschiedsbesuches das Gesuch zurückzieht und gegen unsere Haltung protestiert. Im Bestreben, die Angelegenheit nicht zu verschärfen, habe ich Minister Kuti nicht darüber informiert, dass der Bundesrat das Agrément formell verweigert hat. Ich beschränkte mich darauf, den uns von unserer Gesandtschaft gemeldeten Rückzug des Agrément-Gesuches durch das Aussenministerium zur Kenntnis zu nehmen.

Minister Kuti nahm die Sache verhältnismässig gelassen hin, jedenfalls erhob er keinen Protest. Immerhin erklärte er, dass die Haltung des Bundesrates als diskriminierend taxiert werden müsse, wenn man zum Beispiel an die Umtriebe des französischen Botschafters (Dennerly) denke, der bei seinem Abschied trotz allem im ganzen Land vor den eidgenössischen und kantonalen Behörden bei einem Abschiedsessen, etc. gefeiert worden sei. Er glaubt auch, die Ansätze zu einer Kampagne gegen Ungarn festzustellen. Im Zusammenhang mit der tschechoslowakischen Affäre werde nun indirekt auch ~~das~~<sup>sein</sup> Land genannt. Er legt Wert darauf, festzuhalten, dass er persönlich und entsprechend den Instruktionen seiner Regierung stets sein Bestes getan habe, um die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern zu verbessern. Ich erwidere ihm, dass weder der ehemalige französische Botschafter noch die tschechoslowakische Aktivität hier zur Rede stehe. Die kritische Stellungnahme des Bundesrates sei keineswegs gegen Ungarn im allgemeinen gerichtet, sondern gelte ausschliesslich der Person Kárpáti, dessen politische Tätigkeit seinerzeit zu schwerwiegender und sehr berechtigter Kritik Anlass gegeben habe. Der Bundesrat sei gerne bereit, einen ungarischen Gesandten zu empfangen und auch für die Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen bestehe seitens des Bundesrates grundsätzliche Bereitschaft.

*Annan*

